

AfD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf



An den
Vorsitzenden des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf
Herrn Oberbürgermeister Dr. Keller

Düsseldorf, den 18. November 2025

Antrag: Beendigung der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf bei „Seebrücke“ und Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit bitte ich Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung für die nächste Ratssitzung am 11.12.2025 zu nehmen und beschließen zu lassen:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt den Austritt der Landeshauptstadt Düsseldorf aus den Bündnissen „Seebrücke“ und „Städte Sicherer Häfen“ sowie eine Beendigung damit einhergehender Verpflichtungserklärungen zur erweiterten „Flüchtlingsaufnahme“.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf sieht sich einer erheblichen Zuwanderung ausgesetzt, die Personal, Bevölkerung und verfügbaren Wohnraum überdurchschnittlich belastet. Düsseldorf sollte daher keine unnötigen Anreize für die weitere Zuwanderung nach Deutschland erzeugen. Die Pflichtkontingente des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zur Aufnahme von Asylsuchenden ergeben sich nach dem Königsteiner Schlüssel. Das sich ergebende Landeskongingent wird anschließend auf die unterschiedlichen Kommunen des Landes aufgeteilt. Dies bestimmt sich nach der Höhe der anteiligen Bevölkerung der Kommune. Zusätzliche Personen über das Bündnis „Seebrücke/ Sichere Häfen“ freiwillig aufnehmen zu wollen, widerspricht der Argumentation der Stadt, welche wiederholt mit der Alternativlosigkeit und

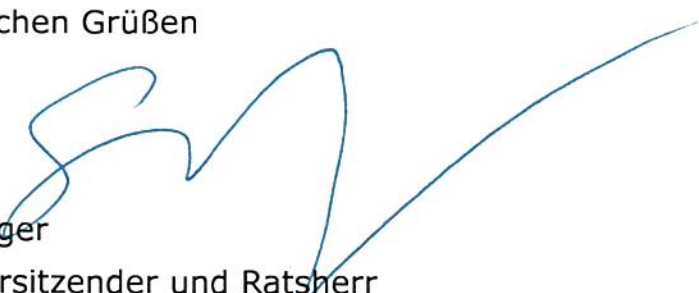
der gesetzlichen Verpflichtung argumentierte. Eine Mitgliedschaft im Bündnis führt darüber hinaus durch Förderung und Finanzierung zu einer gestiegenen Gesamtzuwanderung nach Deutschland und damit einer höheren Aufnahmemenge für die Landeshauptstadt Düsseldorf. In Anbetracht der bereits bestehenden Überlastung der Stadt ist ein Austritt aus dem Bündnis notwendig, um weitere Platz-, Sicherheits- und Organisationsprobleme für die Stadt und seine Bürger zu verhindern.

Denn bezahlbarer Wohnraum ist in Düsseldorf schon länger knapp, die Kapazitäten in Kitas und Schulen sind ausgeschöpft, es gibt keinen Spielraum mehr, um eine ordentliche Betreuung und Beschulung aller Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Die ärztliche Versorgung steht ebenfalls auf der Kippe. Die finanziellen Belastungen der Kommunen sind für die Bürger mehr und mehr spürbar. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Düsseldorf ist zunehmend gefährdet, es muss deshalb eine Begrenzung der Zuwanderung geben.

In der aktuellen Lage ist es zwingend erforderlich, die Düsseldorfer Mitgliedschaft im Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ sowie in der „Seebrücke“ zu widerrufen. Das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bekräftigte gegenüber der Bundesregierung das Angebot zur Unterstützung und zur zusätzlichen Aufnahme – was einem Übererfüllungsanspruch bei der kommunalen Unterbringung von „Flüchtlingen“ gleichkommt und womöglich sogar zu einem Überbietungswettbewerb unter den Kommunen führt, die immer mehr zusätzliche „Flüchtlinge“ unterbringen möchten.

Die Düsseldorfer Bürger werden weiter über ihre Steuern und Abgaben gemeinschaftlich zur Kasse gebeten. Über ein sich möglicherweise drastisch änderndes Wohnumfeld samt Gefahr einer Brennpunktbildung muss angesichts immer größer werdender Unterkünfte, die schnell mehrere hundert Asylbewerber beherbergen, inzwischen auch in Düsseldorf gesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Elmar Salinger
Fraktionsvorsitzender und Ratsherr
für die AfD-Ratsfraktion